

Redebeitrag zum Referat von Britta Altenkamp
Dagmar Mühlenfeld, stellv. Vorsitzende

Anrede

Beim Thema „Soziale Stadt“ **reden wir von Zukunft**. Und wir reden von den Mängeln der Gegenwart, die nicht in die Zukunft hinein wirken dürfen.

Wir reden von Zukunft, die sich in den Städten vollziehen wird, denn die Städte werden die Lebensräume der Zukunft sein. Bereits heute lebt 50 % der Weltbevölkerung in Städten, in 30 Jahren werden es zwei Drittel sein.

In den Städten entscheidet sich somit die Zukunft der Menschheit, ob wir das nun so wollen oder nicht. Der Zukunft entgehen wir nicht, deshalb sollten wir alles dafür tun, dass sie so kommt, wie wir leben wollen, nämlich in Freiheit, Frieden und Gerechtigkeit.

In den Städten entscheidet sich das Schicksal Europas, denn hier leben die Menschen aus aller Herren Länder zusammen. Hier muss für ein friedliches Miteinander und die Verwirklichung der Menschenrecht gesorgt sein, sonst kann Europa seine Friedensmission nicht erfüllen. In diesem Prozess sind Städtepartnerschaften heute Bausteine für eine friedliches Europa und haben eine zentrale Funktion als kommunale Europa- und Außenpolitik.

Weil sich in den Städten die Zukunft entscheidet, ist Kommunalpolitik für die Gestaltung der Zukunft so wichtig und ist die Verpflichtung zu guter Kommunalpolitik so groß.

Anrede,

Die Zukunftsfähigkeit der Städte wird sich an deren sozialer Stabilität beweisen, das hat Britta anschaulich dargelegt.

Die wird es aber nur geben können, wenn es gelingt, kommunale Handlungsfähigkeit zu erhalten. Sichere Kommunalfinanzen, die Behauptung der kommunalen Selbstverwaltung und die Sicherung der kommunalen Daseinsvorsorge sind die unverzichtbaren Bestandteile.

Das ist gleichzeitig die Messlatte wie der Handlungsrahmen, innerhalb dessen wir soziale Stabilität in unseren Städten herbeiführen und erhalten müssen.

Dazu gehört aber auch, dass wir eine neues Miteinander von Politik, Verwaltung und Bürgerschaft wirken muss. – Ein Thema seit dem Jahr 2003 – und es ist ein Megathema geworden: BürgerInnen als Kunden und Mitgestalter ihres Lebensraumes und als Beteiligte an der Pflege ihres Gemeinwesens!

Familie – Bildung – Bürgerstadt

Das, Genossen und Genossinnen, sind die drei politischen Handlungsfelder , die in unserem politischen Programm für Mülheim als sozialer Stadt die Eckpfeiler bilden.

Ein regelmäßiger Familienbericht, von der SPD zur Kommunalwahl 2004 gefordert, wird demnächst die Grundlage für eine soziale, d.h. Zukunft sichernde Familienpolitik sein.

Dass Familienpolitik als Bildungs-, Sozial- und Stadtentwicklungspolitik zu betrachten ist, findet in Mülheim Ausdruck im Ziel „Familienfreundlichkeit“. Ein wichtiges Beispiel ist das **100-Häuser-Programm**.

Die Mülheimer Bevölkerung ist eine der ältesten deutschlandweit. SeniorInnen können und sollen sich bei uns wohl fühlen. Doch neben zufriedenen älteren MitbürgerInnen braucht Mülheim junge Menschen, um sich weiter zu entwickeln, um zukunfts- und konkurrenzfähig zu bleiben. Wir müssen junge Familien in unserer Stadt halten. Und dafür brauchen wir bezahlbares Wohneigentum. Schon in meinem Wahlkampf haben mich junge Familien auf günstiges Bauland angesprochen. Ich habe das Thema zu meinem Thema gemacht . Und mit dem Beginn des 100-Häuser-Programms habe ich dieses Wahlkampfversprechen eingelöst. Der erste Bauabschnitt steht kurz vor der Vollendung. Vor wenigen Tagen haben wir Richtfest in der Hagenauer Straße gefeiert. 28 Familien werden dort Ende des Jahres einziehen. 70 bis 80 Kinder werden dort ihr neues Zuhause und viele Freunde finden. 26 der 28 Familien kommen aus Mülheim. Und zwei aus den Nachbarstädten. Mit dieser Bilanz haben wir unser Ziel erreicht: mit günstigem Bauland junge Familien in Mülheim halten oder neu ansiedeln.

Dass Familienfreundlichkeit wunderbarer einher geht mit regionaler Wirtschaftsförderung, beweist das Projekt ebenfalls: Die mit der Realisierung beauftragten Unternehmen kommen im Wesentlichen aus der Region. Und hier geht es immerhin um Gesamtinvestitionen von ca. 4,8 Millionen Euro!

Die Verwaltung prüft derzeit, wo das nächste Teilprojekt des 100-Häuser-Programms startet. Die Nachfrage von Seiten der Familien ist nach wie vor groß. Das zeigt, dass wir mit diesem Programm den Bedarf der BürgerInnen genau getroffen haben.

Deshalb machen wir machen. Bis die 100 Häuser stehen!

Anrede,

Familienfreundlichkeit als Haltung entsteht in einer Gesellschaft nicht über Nacht. Das braucht Vorbilder und Meinungsbildner.

Die ehemalige Bundesfamilien-Ministerin Renate Schmitt hat mit viel Engagement und sehr erfolgreich das nationale „**Bündnis für Familie**“ ins Leben gerufen. Dieses Bündnis hat sich die Stärkung und Förderung von Familien auf die Fahne geschrieben. Netzwerke sollen Familien im Alltag unterstützen und entlasten. Das nationale Bündnis muss vor Ort mit Leben gefüllt werden. Und Mülheim macht mit. Einstimmig hat der Rat der Stadt im Juli 2004 den Beschluss gefasst, dem „Bündnis für Familie“ beizutreten. Im Vorfeld der Gründungsveranstaltung ist es uns gelungen, alle wichtigen gesellschaftlichen Gruppen für die Mitarbeit im Bündnis zu gewinnen. Dies hat wohl auch in Berlin Eindruck gemacht: Zur Gründungsveranstaltung konnten wir im Dezember 2004 die Ministerin persönlich begrüßen. Ziel des Bündnisses ist, BürgerInnen und UnternehmerInnen für das Thema Familienfreundlichkeit zu sensibilisieren. Wir wollen ein Netzwerk aufbauen, damit Mülheim an der Ruhr in Zukunft noch familienfreundlicher wird und sich Familie hier noch wohler fühlen. Schritte hin zu einer besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie haben dabei erste Priorität. Deshalb bietet die UnternehmerHaus AG in Duisburg auch eine erste Veranstaltungsreihe zu dem Thema an. Weitere Aktionen sind in Planung: Im Juni beginnt das vom „Bündnis für Familie“ initiierte und von Caritas und CBE organisierte Projekt FamilienStart. Ehrenamtliche sollen jungen Familien in der Startphase bei alltäglichen Problemen unter die Arme greifen. Wir starten in diesem Jahr außerdem gemeinsam mit dem Kulturbetrieb einen Fotowettbewerb für Kinder. Und in Vorbereitung ist der Familienpass, mit dem Familien gefördert werden sollen.

Anrede,

Bildungspolitik – soviel scheint diese Gesellschaft begriffen zu haben – ist der Schlüssel zur Zukunft schlechthin. Ich muss nicht betonen, wie froh ich als Bildungsfachfrau darüber bin. Deshalb habe ich die Bildungspolitik auch so nachdrücklich ins Zentrum meiner Arbeit gestellt.

Vor zwei Jahren habe ich die **Mülheimer Bildungskonferenz** ins Leben gerufen mit dem Ziel, aus ihr die zentrale Plattform für die bildungspolitische Diskussion in unserer Stadt zu machen. Dieses Ziel haben wir nun erreicht. Denn es hat sich in meinen Augen die Erkenntnis durchgesetzt, dass eine ideologisch geprägte Bildungsdebatte für die hier vor Ort zu leistenden Aufgaben wenig hilfreich ist.

Wir brauchen kommunal gestaltbare Antworten auf die PISA-Ergebnisse. Kommunalen Gestaltungsanspruch eröffnet uns aber auch Chancen. Chancen auf ein großes Netzwerk aller am Bildungsprozess Beteiligten in den Kindergärten, den Schulen, den Betrieben, den Elternhäusern und vielen anderen mehr. Chancen auf neue, heute noch ungewöhnliche Partnerschaften, zum Beispiel eine kontinuierliche und flächendeckende Zusammenarbeit zwischen den Mülheimer Schulen und Unternehmen oder Handwerksbetrieben.

Denn – das wird immer deutlicher – Bildung und Erziehung ist ein „Gesamtkunstwerk“, bei dem Eltern sicher die größte Verantwortung tragen. Das muss auch so bleiben. Aber Eltern dürfen von uns, unserer (Stadt-)Gesellschaft nicht alleine gelassen werden.

Und daher ist die Mülheimer Bildungskonferenz die Plattform, Wege zu finden, wie wir die beste Bildung für unsere Kinder und damit für unsere Zukunft hinkriegen.

Ja, ich wiederhole mein ehrgeiziges Ziel auch hier erneut: Mülheim soll als ein hochrangiger Bildungsstandort in der Metropole Ruhr gesehen werden, der ausstrahlt.

Anrede

Schule dauernd neu zu denken, habe ich als Schulleiterin gelernt und auch mit Erfolg praktiziert. Schule neu zu denken und als Schulträger die Voraussetzung für Schulen der Zukunft zu schaffen, ist mir Verpflichtung.

Deshalb das Projekt „**Zukunftsschule im Wohnquartier**“.

Dieses Modell verknüpft die aktuelle bildungspolitische Diskussion mit den Anforderungen der Stadt(teil)entwicklung unter Berücksichtigung des demografischen Wandels.

Es beinhaltet im Kern

- die partnerschaftliche Entwicklung und Umsetzung eines innovativen und interdisziplinären Gesamtkonzeptes „Zukunftsschule“. Dieses Gesamtkonzept hat zum Ziel, inhaltlich-konzeptionelle, städtebauliche, architektonische und bauliche Aspekte ebenso zu berücksichtigen wie neueste Entwicklungen in der digitalen Kommunikation und eine nutzergerechten Ausstattung.
- die Entwicklung multifunktionaler und außergewöhnlich variabler Raummodule, um bei der Vernetzung vorhandener Angebote (KiTa, Schule, Jugendhilfe, Bibliotheken, Volkshochschulen und anderer Weiterbildungseinrichtungen, Museen, Vereine, Betriebe usw.) auch die Gestaltungsspielräume (räumlich und finanziell) der Kommunen zu erweitern.
- die Entwicklung von innovativen Organisations-, Betriebs- und Finanzierungsmodellen, für den Erhalt, Bau und den Betrieb von Schulen im Stadtteil.

Die Zukunftsschule im Wohnquartier denkt alles, was ich mir als Schulleiterin immer gewünscht habe: eine Schule, die im Stadtteil zu Hause ist und als vielfältig eingebundener Teil des dortigen Lebens arbeiten kann. Hinzu kommt, dass wir mit der Zukunftsschule ein Instrument an die Hand bekommen, um jenseits schulstruktureller Debatten in kommunaler Verantwortung eine Antwort auf die Ergebnisse von PISA zu formulieren. Ich freue mich, dass Mülheim an der Ruhr der Partner der HOCHTIEF Construction AG geworden ist, um erstmalig die konkrete Machbarkeit dieses Modellprojektes zu untersuchen.

Dies tun wir am Standort des Schulzentrums Bruchstraße in Eppinghofen, einem Stadtteil, den wir ins Visier genommen haben. Denn wir haben erkannt, dass Eppinghofen Hilfe braucht bei seiner sozialen Stabilität und beim Abbau von Benachteiligungen, damit die Menschen dort gerne leben.

Deshalb das Ja zu einem Projekt „Internationale Bildungsgänge in Regelschulen“, das Essen und Mülheim gemeinsam starten werden.

Deshalb wird auch die notwendige Diskussion über eine Veränderung der Schulstrukturen weiter zu führen sein.

[Die Stadtkanzlei macht doch keine Veranstaltung zu Politik der „schwarz-gelben Landesregierung“. Wenn man dann noch den folgenden Satz liest, macht die Stadtkanzlei dann was?] In einem an politischen Autismus grenzenden, von unglaublicher Beratungsresistenz begleiteten Gesetzgebungsverfahren beschlossen, birgt es zahlreiche Risiken und Gefahren für die Bildung vor Ort. Seine Auswirkungen für Mülheim zu diskutieren, sind wir SchülerInnen, Eltern und LehrerInnen schuldig.

Anrede,

das **Handlungsfeld „Bürgerstadt“** steht für eine starke städtische Zivilgesellschaft, für echte Partizipation, für Stärkung des Bürgerschaftlichen Engagements als einer tragenden Säule unseres Gemeinwesens.

In unserer Stadt ist das ehrenamtliche Engagement unserer BürgerInnen stark. Viele MülheimerInnen arbeiten in Vereinen, Verbänden oder Kirchen. Und wer sich engagieren möchte, aber noch keine passende Aufgabe gefunden hat, der findet Hilfe beim CBE. Mit der Entscheidung zur Gründung und Unterstützung dieser auch landesweit sehr erfolgreiche Anlaufstelle für EhrenamtlerInnen hat Mülheim einen wichtigen und richtigen Schritt hin zur Bürgergesellschaft getan.

Mülheim an der Ruhr hat sich dafür entschieden, bürgerschaftliches Engagement zu fördern – und ehrenamtliches Engagement einzufordern. Das bedeutet für uns als Kommune auch, dass wir die nötigen Rahmenbedingungen schaffen müssen. Dies setzt voraus, dass wir uns als „Ermöglichungsverwaltung“ sehen. Diesen Bewusstseinswandel müssen wir in alle Bereiche der Verwaltung und in die Politik tragen und umsetzen. Die Partizipation von BürgerInnen ist mehr als die Beteiligung im Rahmen von formalen Verfahren. Wenn wir es ernst meinen, bedeutet sie, dass

wir Entscheidungskompetenzen teilen oder abgeben müssen. Das heißt auch, in Zeiten leerer Kassen Mittel für die Förderung des bürgerschaftlichen Engagements zur Verfügung zu stellen. Die „geldwerten Effekte“ werden die eingesetzten Mittel um ein Vielfaches übersteigen. Deshalb müssen wir das CBE weiterhin fördern und die Mittel für die qualifizierte Arbeit von und mit Ehrenamtlichen bereitstellen.

Darum, Genossen und Genossinnen, ist auch der Jugendstadtrat so wichtig!

Mülheim braucht ein Kinder- und Jugendparlament. Die Zeit ist reif dafür. Davon bin ich überzeugt. Jugendliche haben das Recht, gehört zu werden und entscheiden zu dürfen. Gleichzeitig müssen sie lernen, Verantwortung zu tragen und Demokratie zu gestalten. Deshalb hat die SPD-Fraktion ja auch am 9. Juni 2005 die Verwaltung damit beauftragt, als weiteren Baustein einer bürgerorientierten Stadtpolitik die Gründung eines Kinder- und Jugendparlamentes zu prüfen.

Die Ergebnisse liegen vor - und die Beteiligung der Jugendlichen am Hearing darf positiv stimmen. Wichtig ist aber, dass Mitbestimmung für Jugendliche keine Alibi-Veranstaltung sein darf. Mitbestimmung für Jugendliche: Das geht nur in dauerhaft etablierten Strukturen. Eben in einem verfassten Jugendstadtrat. Der Jugendstadtrat soll das Gremium sein, in dem sich Jugendliche mit Projekten und Initiativen am aktuellen Geschehen und der künftigen Entwicklung unserer Stadt kontinuierlich beteiligen. Und zwar über die heute schon möglichen Beteiligungsformen wie Planungswerkstätten und einzelne projektbezogene Angebote hinaus. Unser Ziel muss es sein, junge Menschen für die Teilhabe an unserer Demokratie zu gewinnen und ihnen gleichzeitig ein Stück Verantwortung für und Vertrauen in die Stadt zu übertragen.

Der Jugendhilfe-Ausschuss hat mit den Stimmen von SPD, Grünen und FDP im Grundsatz die Bildung eines Jugendstadtrates beschlossen. Diese Chance müssen wir nutzen und das Jugendparlament nun zügig vorantreiben.

Modelle sind wichtig und notwendig, modellhaftes Handeln ist allemal zielführender und führt schneller zu Erkenntnissen und Erfahrungen.

Anrede,

wir erleben immer wieder, dass sich die anderen Parteien bei wichtigen Zukunftsthemen verweigern, weil sie uns das Thema und den möglichen Erfolg nicht gönnen.

Das darf uns und wird mich nicht aufhalten.

Ich habe einen sehr konkreten Traum von der sozialen Stadt Mülheim an der Ruhr. Einiges aus diesem Traum habe ich euch heute noch einmal vorgestellt.

Dabei bin ich mir ganz sicher, dass ein solches Fundament der Sozialen Stadt die notwendige Stabilität verschaffen wird.

Unseren Mut zur Zukunft und unsere Fähigkeit, sie zu gestalten, haben wir Sozialdemokraten in unserer Stadt jahrzehntelang erfolgreich bewiesen.

Denn wir kennen diese Stadt, und wir lieben sie. Und deshalb arbeiten wir für Mülheim.

Glück auf!